

Niederschrift

zur 16. Sitzung

GREMIUM:	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Homburg v.d.Höhe
SITZUNG AM:	Donnerstag, 27.09.2007, 17:00 Uhr
SITZUNGSORT:	Bürgerhaus Kirdorf, Großer Saal, Stedter Weg 40, 61350 Bad Homburg v.d.Höhe

Beginn:	17:00	Ende:	21:21
Pause von:	19:40	Bis:	20:15

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Feststellung, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde, erhebt sich kein Widerspruch.

Die wörtlichen Ausführungen der einzelnen Redner/innen sind auf Tonband aufgenommen. Das Tonband wird im Büro der Stadtverordnetenversammlung aufbewahrt und steht jedem/jeder Stadtverordneten zum Abhören zur Verfügung.

Auf Antrag der Stv.-Fraktion der NHU wird der TOP 18 der TO II zur Diskussion und Abstimmung in die TO I vorgezogen.

Auf Antrag der Stv.-Fraktion der BLB werden die TOP's 28, 29 und 30 der TO II zur Diskussion und Abstimmung in die TO I vorgezogen.

Auf Antrag der Stv.-Fraktion der SPD wird der TOP 27 der TO II zur Abstimmung in die TO I vorgezogen.

Die TOP's werden in der TO II protokolliert.

Anwesend waren:

1. Anwesende

Mitglied

Vorsitzender

Franz Josef Ament

Fraktion

CDU

Ordentliches Mitglied

Silvia Argyrakis

Thorsten Bartsch

Rolf Berns

Bettina Bruder-Scholz

Philipp Devrient

Axel Dierolf

Dr. Alfred Etzrodt

(ab 17.08 Uhr)

Alexander Hetjes

Barbara Jessen

Wolfram Kister

Inga Köhler

Hans Leimeister

Hans Georg Maibach
Ansgar Schulz
Gerhard Trumpp
Monika Wallrapp
Mechthild Weiß-Hennerici
Stephan Zalud

Elke Barth
Monika Faßbinder
Helga Gruber
Gudrun Langbecker
Axel Schlicksupp
Waldemar Schütze
Jürgen Stamm
Christian Velthuizen

SPD

Peter Braun (ab 17.08 Uhr)
Margit Courbeaux
Daniela Kraft
Sibylle Kuhn
Christine Rupp
Bardo Röhrig

B90/DG

Ulrich C. Cannawurf
Klaus-Dieter Degen
Philipp Herbold
Dr. Rolf Opitz
Dirk Roesemann

FDP

Beate Fleige
Dr. Cornelia-Ulrike Haschtmann
Waltraut Hirschelmann
Andreas Wilhelmi

BLB

Wilhelm Braun
Holger Fritzel
Hans-Peter Schäfer (bis 19.00 Uhr)

NHU

Fraktionslose Stadtverordnete

Steffen Etzel
Dieter Sambals

Magistrat

Stadträtin Ursula Bachmeier
Stadtrat Manfred Falkenmeier
Oberbürgermeisterin Dr. Ursula
Jungherr
Stadträtin Dorothea Kruff
Stadtrat Peter Sothmann
Stadtrat Sepp Peklar
Stadtrat Dieter Kraft
Stadtrat Wolfgang Hof
Stadtrat Peter Vollrath-Kühne
Stadtrat Dr. Reinhard Fleige
Stadtrat Horst-Günther Fuhrmann

Ausländerbeirat

Brigitte Laupus

Verwaltungsmitglied

Dominik Richter
Susanne Schiffner
Horst Freund

Schriftführer

Jürgen Rupprecht

2. Abwesende

Mitglied

Ordentliches Mitglied

Josef Ernst
Dr. Robert Gaertner

Abwesenheitsgrund

entschuldigt fehlend
entschuldigt fehlend

CDU

Tagesordnung I

A. Anfragen gemäß § 11 GO

- 1. Neuausschreibung des Stadtbusverkehrs;
Anfrage der Frau Stv. Dr. Haschtmann
Drucksachenummer: SV 6/576-2**

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Wann ist mit einer Vorlage zur Neuausschreibung des Stadtbusverkehrs in den Gremien zu rechnen?

Die Anfrage wird von Frau Oberbürgermeisterin Dr. Jungherr wie folgt beantwortet:

„Ich gehe davon aus, dass wir im Oktober noch eine Vorlage für den Magistrat haben, dass wir bis Ende des Jahres soweit sind, dass wir wohl noch im Dezember spätestens im Januar die Vorankündigung bringen werden und davor werden wir in den städtischen Gremien sein. Also ich möchte erreichen Frau Dr. Haschtmann, dass ungefähr ein halbes Jahr vor dem 01.01.2009 ein Busunternehmen von uns die Vergabe erhalten hat, sodass die sich darauf vorbereiten können. Ein Schwierigkeitspunkt in der Angelegenheit ist, dass Friedrichsdorf und Oberursel sich jetzt wohl doch entschlossen haben mitzumachen und da ergeben sich natürlich einige Probleme daraus. Aber ich werde auf alle Fälle noch im Oktober, Anfang November, im Magistrat sein und damit auch im Verkehrsausschuss, wahrscheinlich werden wir sogar eine Sondersitzung Verkehrsausschuss zu diesem Punkt beantragen.“

Zwei Zusatzfragen werden ebenfalls von Frau Oberbürgermeisterin Dr. Jungherr beantwortet.

**2. Bau der Skateranlage;
Anfrage der Frau Stv. Dr. Haschtmann
Drucksachennummer: SV 6/577-2**

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Wann wird mit dem Bau der Skateranlage begonnen?

Die Anfrage wird von Herrn Stadtrat Vollrath-Kühne wie folgt beantwortet:

„Als Baubeginn nehme ich das Frühjahr 2008 an. Eine Magistratsvorlage ist in Arbeit, wird voraussichtlich im Oktober den Magistrat erreichen und dann in die Folgegremien gehen und wenn dort beschlossen wird, woran ich nicht zweifle, kommt die Ausschreibung und dann würde daraus resultieren, der Baubeginn wird im Frühjahr 2008 sein.“

Eine Zusatzfrage wird ebenfalls von Herrn Stadtrat Vollrath-Kühne beantwortet.

**3. Wechselgeldtauglichkeit der Parkautomaten;
Anfrage des Herrn Stv. Wilhelmi
Drucksachennummer: SV 6/584-2**

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Warum verweigert der Magistrat dem Finanzausschuss jetzt schon nahezu ein Jahr lang die Antwort auf die Frage nach der „Wechselgeldtauglichkeit“ der Parkautomaten?

Die Anfrage wird von Herrn Stadtrat Vollrath-Kühne wie folgt beantwortet:

„Die Fragestellung ist mir jetzt erst bekannt geworden. Mir war nicht bekannt, dass im Finanzausschuss das Thema schon mal aufgegriffen worden war. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die vorhandenen Parkscheinautomaten nicht für Wechselgeld ausgestattet sind und auch nicht umgerüstet werden können, jedenfalls die Parkscheinautomaten, die nicht den Parkhäusern angeschlossen sind. Die Technik dieser Münzwechsler ist komplizierter, als man es meint, es gehört dazu ein Münzprüfer, ein dazugehöriger Münzspeicher, in dem auch eine Anzahl von Wechselmünzen logischer Weise vorhanden sein muss. Üblich oder sinnvoll ist eine Münzreserve in diesem Speicher von 100,-- bis 150,-- Euro. Das hat zur Folge, dass diese Wechselautomaten sehr anfällig für Diebstahl sind. Von allen aufgestellten Parkscheinautomaten in Deutschland schätzt der Hersteller, sind lediglich 1 % mit einer solchen Wechselautomatik versehen, wie ich meine aus gutem Grunde.“

Zwei Zusatzfragen werden ebenfalls von Herrn Stadtrat Vollrath-Kühne beantwortet.

**4. Vorschlag für ein Modell "Junges Wohnen in der Weber-Siedlung";
Anfrage der Frau Stv. Hirschelmann
Drucksachennummer: SV 6/585-2**

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Da nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Mai 2007 vom Magistrat zu prüfen ist, unter welchen Rahmenbedingungen zeitnah ein Modell „Junges Wohnen“ für die so genannte „Weber-Siedlung“ zu verwirklichen wäre, frage ich den Magistrat,

wann also, da die Sanierung der Häuser drängt, mit der Vorlage für die städtischen Gremien zu rechnen ist?

Die Anfrage wird von Herrn Stadtrat Vollrath-Kühne wie folgt beantwortet:

„Mit einer solchen Vorlage ist Ende dieses Jahres Anfang nächsten Jahres zu rechnen. Und um Ihre nächste Frage gleich vorweg zu nehmen, warum dauert das so lange: Die Hochtaunusbau ist hier daran interessiert, aus nachvollziehbaren Gründen, die Sanierung in der Webersiedlung Blockweise vorzunehmen. Die Siedlungsanlage hat insgesamt 71 Wohnungen, davon sind derzeit 20 unbesetzt. Die Situation hat sich jetzt so ergeben, dass nach Auskunft der Hochtaunusbau diese das Projekt Ende diesen Anfang nächsten Jahres anpacken will. Parallel dazu werden wir dann ein Konzept, wie die Wohnungen, die für den Antrag beschlossenen Personenkreis genutzt werden können, wie das passieren kann. Das war jetzt etwas gestottert, aber Sie fragen sicher noch mal, dann kann ich das sprachlich korrigieren.“

Zwei Zusatzfragen werden ebenfalls von Herrn Stadtrat Vollrath-Kühne beantwortet.

**5. Eigentumsverhältnisse im Dorotheenquartier;
Anfrage der Frau Stv. Fleige
Drucksachennummer: SV 6/586-2**

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Ist die Corpus Projektentwicklung Wohnen GmbH mittlerweile Eigentümerin des städtischen Grundstücks „Dorotheengarage“ will heißen, ist die Kaufpreiszahlung mittlerweile erfolgt, da laut Kaufvertrag die Übergabe und damit die Rechte und Pflichten an diesem Grundstück zu Beginn des Tages erfolgt, an dem die Kaufpreiszahlung erfolgt ist?

Die Anfrage wird von Frau Oberbürgermeisterin Dr. Jungherr wie folgt beantwortet:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, da Sie in Ihrer Frage auf den Kaufvertrag eingehen, dürfte Ihnen bekannt sein, dass der Kaufpreis erst fällig ist, wenn eine Baugenehmigung erteilt ist. Da diese bisher nicht erteilt ist, sondern erst in Kürze eine Magistratsvorlage dazu kommt, war der Kaufpreis nicht fällig und ist auch nicht bezahlt.“

Zwei Zusatzfragen werden ebenfalls von Frau Oberbürgermeisterin Dr. Jungherr beantwortet.

Auf Antrag der Stv.-Fraktion der BLB findet zu TOP 5 eine aktuelle Stunde statt.

**6. Mögliche Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Bundesschuldenverwaltung gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.11.2006;
Anfrage der Frau Stv. Fleige
Drucksachennummer: SV 6/587-2**

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Welche Erkenntnisse hat der Magistrat mittlerweile aus der vor einem Jahr getätigten Besprechung mit dem Vorstand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gezogen, nachdem auch mittlerweile eine Besichtigung der Liegenschaft stattgefunden hat.

Die Anfrage wird von Frau Oberbürgermeisterin Dr. Jungherr wie folgt beantwortet:

„Wir haben die Erkenntnis gewonnen, dass dieses Gebäude für uns interessant sein könnte, da es eines der Grundstücke ist, das nahe am Rathaus gelegen ist.“

Zwei Zusatzfragen werden ebenfalls von Frau Oberbürgermeisterin Dr. Jungherr beantwortet.

B. Vorlagen des Magistrats

- 7. Bebauungsplan Nr. 5 E 1 "Kaiser-Friedrich-Promenade, Friedrichstraße, Louisenstraße, Kisseleffstraße", 3. Änderung - Vorentwurf
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 (1), 4 (1) BauGB
Drucksachennummer: SV 6/555-3**

Vor Eintritt in die Beratung weist Herr Ament auf § 25 HGO hin.

Für den Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 5 E1 „Kaiser-Friedrich-Promenade, Friedrichstraße, Louisenstraße, Kisseleffstraße“, 3. Änderung, Stand: 30.08.2007, wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 (1), 4 (1) BauGB beschlossen.

Mehrheitlich beschlossen
38 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen

- 8. Bebauungsplan Nr. 5 E 1 "Kaiser-Friedrich-Promenade/Friedrichstraße/Louisenstraße/Kisseleffstraße";
Städtebaulicher Vertrag mit dem Grundstückseigentümer (Hochtaunuskreis) nach § 11 BauGB
Drucksachennummer: SV 6/565-3**

Vor Eintritt in die Beratung weist Herr Ament auf § 25 HGO hin.

Stv. Köhler befindet sich während der Beratung und Beschlussfassung außerhalb des Sitzungsraumes gem. § 25 HGO.

1. Kenntnisnahme.
2. Weiterhin wird zur Kenntnis genommen, dass eine Herstellung von Kundenparkplätzen und deren Anfahbarkeit für ein Einkaufszentrum zwingend erforderlich und Bedingung zur Umsetzung des Kaufvertrages ist. Nach Rechtskraft des Bebauungsplanes wird auf die entsprechende Regelung im städtebaulichen Vertrag verzichtet.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die im Sachverhalt unter 4. Weitere Vorgehensweise beschriebenen Bedingungen dem Hochtaunuskreis mitzuteilen und entsprechende vertragliche Vereinbarungen vorzubereiten.

Mehrheitlich beschlossen
41 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

**9. Bebauungsplan Nr. 125 "Klinikum südlich Zeppelinstraße"
Aufstellungsbeschluss gemäß § 1 (3) Baugesetzbuch (BauGB)
Drucksachenummer: SV 6/566-3**

Vor Eintritt in die Beratung weist Herr Ament auf § 25 HGO hin.

1. Für die Verlagerung der Hochtaunuskliniken mit ergänzenden, krankenhausnahen Dienstleistungen an einen Standort südlich der Zeppelinstraße wird für den in Anlage 2 dargestellten räumlichen Geltungsbereich der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 125 „Klinikum südlich Zeppelinstraße“ gemäß § 1 (3) Baugesetzbuch (BauGB) gefasst.
2. Der Magistrat wird beauftragt, für das in Anlage 2 dargestellte Plangebiet beim Planungsverband Frankfurt/ Rhein-Main einen Antrag auf Änderung des wirksamen Flächennutzungsplans für die Verlagerung der Hochtaunuskliniken an den Standort südlich der Zeppelinstraße zu stellen. Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Abweichungszulässigkeit von den Zielen der Raumordnung beim Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen.

Mehrheitlich beschlossen
36 Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen

**10. Einrichtung von Kindergartenauffanggruppen
Drucksachenummer: SV 6/526-4**

Von der Stv.-Fraktion DIE GRÜNEN wird folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Der Magistrat wird beauftragt, zur Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz und zur Verbesserung der Betreuungsqualität dauerhaft zusätzliche Kindergartengruppen einzurichten.

Hierfür soll insbesondere geprüft werden:

- Wo durch Anbau, Umbau oder Umnutzung vorhandener Räume an bestehenden Kindertagesstätten zusätzliche Kindergartengruppen geschaffen werden können.
- Wo auf dem Gelände von Kindertagesstätten Pavillons für Kindergartengruppen aufgestellt werden können.
- Wo bedarfsgerecht weitere Wald-/Naturkindergartengruppen eingerichtet werden können.

Die freien Träger von Kindertagesstätten sind in die Prüfung einzubeziehen. Dem Jugend- und Sozialausschuss ist spätestens in der Sitzung am 4.12.07 zu berichten.

Bis ausreichend Kindergartenplätze für alle anspruchsberechtigten Kinder im Kindergartenalter zur Verfügung stehen, sollen in dringenden Fällen die Kinder nötigenfalls im Rahmen einer befristeten Mehrbelegung in bestehende Kindergartengruppen aufgenommen werden.

Mehrheitlich abgelehnt
20 Ja-Stimmen 27 Nein-Stimmen

Aufgrund des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz werden Auffanggruppen jeweils ab Dezember/Januar für die Dauer von sieben bis acht Monaten in städtischen Kindertagesstätten eingerichtet. Die Kindertagesstätte Brandenburger Straße, die 22 Kinder aufnehmen wird, beginnt mit diesem Angebot, bei einem sich abzeichnenden weiteren Bedarf werden 25 Plätze in der Kindertagesstätte Hessengärten und anschließend 25 Plätze in der Kindertagesstätte Dornholzhausen angeboten.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden bei folgenden Haushaltspositionen zur Verfügung gestellt:

1.

Kindertagesstätte Brandenburger Str.:

1.4640.571000	Spiel- und Arbeitsmaterial, einmalig	€ 2.500,00
2.4640001.935000	Jackenwagen	€ 500,00
1.4640.400000	Personalkosten ca. für 8 Monate	€ 32.000,00

Bei Bedarf/Nachfrage:

2.

Kindertagesstätte Hessengärten:

1.4640.571000	Spiel- und Arbeitsmaterial, einmalig	€ 2.500,00
2.4640001.935000	Jackenwagen	€ 500,00
1.4640.400000	Personalkosten ca. für 8 Monate	€ 26.000,00

3.

Kindertagesstätte Dornholzhausen

1.4640.571000.0	Spiel- und Arbeitsmaterial, einmalig	€ 2500,00
2.4640001.935000	Jackenwagen, einmalig	€ 500,00
1.4640.400000	Personalkosten ca. für 8 Monate	€ 26.000,00

Die Deckung erfolgt durch Zuführung von den „Allgemeinen Rücklagen“ auf die jeweilige Haushaltsstelle.

Mehrheitlich beschlossen

28 Ja-Stimmen 19 Nein-Stimmen

C. Anträge der Stadtverordneten

11. **Standortsuche für das Stadtarchiv; Antrag der Stv.-Fraktion der BLB Drucksachenummer: SV 6/533-3**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat wird aufgefordert, endlich konkrete Vorstellungen hinsichtlich eines endgültigen Standortes für das Stadtarchiv zu entwickeln. Im Kultur-, Bau- und Finanzausschuss sind diese Überlegungen nach den Herbstferien 2007 zur Beratung vorzulegen.

Mehrheitlich abgelehnt

23 Ja-Stimmen 24 Nein-Stimmen

**12. Einführung eines vergünstigten ÖPNV-Tickets für einkommensschwache Bad Homburger Bürger;
Antrag des Herrn Stv. Etzel
Drucksachennummer: SV 6/579-2**

Die Stv.-Fraktion der SPD beantragt die Überweisung in den Jugend- und Sozialausschuss.

Mehrheitlich abgelehnt
19 Ja-Stimmen 28 Nein-Stimmen

Stv. Etzel beantragt namentliche Abstimmung.

Mehrheitlich abgelehnt
5 Ja-Stimmen 42 Nein-Stimmen

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Verwaltung wird gebeten umgehend zu prüfen und zu berichten

- 1.) zu welchem Preis würde die Stadt ein verbilligtes Ticket (Tages- und Monatskarte) für den ÖPNV an bedürftige Bad Homburger Bürger abgeben bei Verbilligungen von 25 %, 50 % sowie 75 %?
- 2.) Mit welchen Kosten für die Stadt ist dabei zu rechnen?

Mehrheitlich abgelehnt
7 Ja-Stimmen 40 Nein-Stimmen

**13. Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer;
Antrag der Stv.-Fraktion der SPD
Drucksachennummer: SV 6/580-2**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat wird gebeten, die Hessische Landesregierung über den Hessischen Städtetag aufzufordern, sich für eine Grundgesetzänderung einzusetzen mit dem Ziel, das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer gesetzlich zu verankern.

Mehrheitlich abgelehnt
19 Ja-Stimmen 27 Nein-Stimmen

**14. Naturschutzgebiet Kirdorfer Feld;
Antrag der Stv.-Fraktion der DIE GRÜNEN
Drucksachennummer: SV 6/582-2**

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat wird beauftragt, in Ergänzung zu der vorhandenen Beschilderung im

Naturschutzgebiet Kirdorfer Feld Informationstafeln aufzustellen, die Spaziergänger über Flora, Fauna und ökologische Bedeutung des Gebietes aufklären.

Mehrheitlich abgelehnt
18 Ja-Stimmen 28 Nein-Stimmen

**15. Bürgerbeteiligung in den Ausschüssen - Änderung der Geschäftsordnung;
Antrag der Stv.-Fraktion der BLB
Drucksachennummer: SV 6/578-2**

Der Antrag hat folgenden von der BLB geänderten Wortlaut:

§ 7 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird wie folgt ergänzt:

7. In den Ausschüssen soll zu Beginn der Ausschusssitzungen eine Bürgerinnen- und Bürgerrunde stattfinden und auf den Zeitraum von 30 Minuten begrenzt sein. Unter diesem Tagesordnungspunkt können sich Bürgerinnen und Bürger zu allen auf der Tagesordnung des jeweiligen Fachausschusses aufgeführten Punkten zu Wort melden.

Mehrheitlich abgelehnt
11 Ja-Stimmen 34 Nein-Stimmen

**16. Verbesserung des Verkehrsflusses auf der Hauptachse Südring/Ostring;
Antrag der Stv.-Fraktion der SPD
Drucksachennummer: SV 6/581-2**

Von der Stv.-Fraktion der BLB wird folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie der Verkehrsfluss auf der Hauptachse Südring/Ostring verbessert werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung soll im Verkehrsausschuss beraten werden. Diese Vorlage soll auch darüber Auskunft geben, in welcher Höhe finanzielle Mittel zu veranschlagen wären.

Über den Änderungsantrag wird nicht abgestimmt.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie der Verkehrsfluss auf der Hauptachse Südring/Ostring verbessert werden kann. Ziel soll die Einrichtung einer an der Tageszeit und Verkehrsdichte individuell angepassten Ampelregelung sein. Über das Ergebnis incl. mehrerer denkbarer Varianten soll im Verkehrsausschuss beraten werden. Diese Vorlage soll auch darüber Auskunft geben, in welcher Höhe finanzielle Mittel für ein solches Vorhaben zu veranschlagen wären.

Einstimmig beschlossen

17. Gonzenheimer Heimathaus im Kitzenhof;

Antrag der Stv.-Fraktion der DIE GRÜNEN
Drucksachenummer: SV 6/583-2

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zu einer der beiden nächsten Sitzungen des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses (4.10.07 oder 8.11.07) die mit dem geschichtlichen Arbeitskreis abgestimmte Planung für das Heimathaus Gonzenheim vorzulegen. Darüber hinaus soll der dafür benötigte Finanzbedarf einschließlich dem für den barrierefreien Zugang erforderlichen Aufzug dargestellt werden.

Einstimmig beschlossen

Tagesordnung II

D. Vorlagen und Mitteilungen des Magistrats

18. Stellungnahme der Stadt Bad Homburg zum Vorentwurf des Regionalen Flächennutzungsplans
Drucksachenummer: SV 6/508-7

Die Stv.-Fraktion der NHU beantragt, über die Beschlüsse der 3 Ortsbeiräte getrennt abzustimmen.

Beschluss des Ortsbeirates Dornholzhausen:

Den in der Stellungnahme der Stadt Bad Homburg (Anlage 2) enthaltenen Anregungen zur Überarbeitung des Vorentwurfs des Regionalen Flächennutzungsplans wird zugestimmt. Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird gebeten, diese im Rahmen der Überarbeitung des Vorentwurfs zu berücksichtigen.

Mehrheitlich beschlossen
37 Ja-Stimmen 9 Nein-Stimmen

Beschluss des Ortsbeirates Ober-Erlenbach:

Den in der Stellungnahme der Stadt Bad Homburg (Anlage 2) enthaltenen Anregungen zur Überarbeitung des Vorentwurfs des Regionalen Flächennutzungsplans wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Die im Vorentwurf ausgewiesenen Vorranggebiete für die Nutzung von Windenergie sollen gestrichen werden.
2. Außerdem ist in der Vorlage, auf Seite 11/rechte Spalte/zweite Zelle, folgender Abschnitt im dritten Satz zu streichen ..., die überörtliche Verbindungen darstellen,...

Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird gebeten, diese im Rahmen der Überarbeitung des Vorentwurfs zu berücksichtigen.

Mehrheitlich beschlossen
28 Ja-Stimmen 16 Nein-Stimmen

Beschluss des Ortsbeirates Ober-Eschbach:

Den in der Stellungnahme der Stadt Bad Homburg (Anlage 2) enthaltenen Anregungen zur Überarbeitung des Vorentwurfs des Regionalen Flächennutzungsplans wird mit folgender Änderung zugestimmt:

1. Die Erweiterung des Siedlungsbereiches südlicher Ortsrand Ober-Eschbach zwischen Römischer Hof und Hewlett-Packard-Gelände wird abgelehnt.
Die Fläche soll weiterhin als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen werden.

Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird gebeten, diese im Rahmen der Überarbeitung des Vorentwurfs zu berücksichtigen.

Mehrheitlich abgelehnt
13 Ja-Stimmen 33 Nein-Stimmen

Den in der Stellungnahme der Stadt Bad Homburg (Anlage 2) enthaltenen Anregungen zur Überarbeitung des Vorentwurfs des Regionalen Flächennutzungsplans wird zugestimmt. Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird gebeten, diese im Rahmen der Überarbeitung des Vorentwurfs zu berücksichtigen.

Mehrheitlich beschlossen
33 Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen

- 19. Bebauungsplan Nr. 5 K 2
„Wallstraße-Elisabethenstraße-Haingasse-Louisenstraße“
1. Aufstellungsbeschluss
2. Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
Drucksachenummer: SV 6/556-3**

Vor Eintritt in die Beratung weist Herr Ament auf § 25 HGO hin.

1. Für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Innenstadtquartiers zwischen Wallstraße und Haingasse wird der Bebauungsplan Nr. 5 K2 „Wallstraße-Elisabethenstraße-Haingasse-Louisenstraße“ aufgestellt. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren gemäß §13a Baugesetzbuch (BauGB).

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 5K2 „Wallstraße-Elisabethenstraße-Haingasse-Louisenstraße“ vom 03.09.2007 mit Begründung wird gemäß §13a (2) 1. i. V. §13 (2) 2. und § 3(2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt.

Die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange werden parallel zur öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) 1. i. V. § 13 (2) 3. und § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) eingeholt.

Zusatz:

Es wird um Prüfung gebeten, warum die Gebäude Wallstraße 9 + 11 nicht als Denkmal eingetragen sind.

Einstimmig beschlossen

- 20. Bebauungsplan Nr. 124 "Wohngebiet östlich des Seedammweges"**

I. Aufstellungsbeschluss gemäß § 1 (3) BauGB
Drucksachennummer: SV 6/557-3

Vor Eintritt in die Beratung weist Herr Ament auf § 25 HGO hin.

- I. Für das vorliegende Plangebiet wird der Bebauungsplan Nr. 124 „Wohngebiet östlich des Seedammweges“ aufgestellt. Der räumliche Geltungsbereich ist in der als Anlage 2 beiliegenden Karte dargestellt.

Ziel der Planung ist es, den vorhandenen Gebietscharakter zu erhalten und gleichzeitig eine angemessene Weiterentwicklung zu ermöglichen. Die überkommene Struktur, die im Wesentlichen durch eine aufgelockerte, teilweise sehr kleinteilige Bebauung auf überwiegend großen Grundstücken mit hohen Gartenanteilen geprägt wird, soll behutsam ergänzt werden können.

Zur Wahrung der im Plangebiet ablesbaren Höhenentwicklung sollen sich die Festsetzungen zur Geschossigkeit und zu den Gebäudehöhen an dem ein- bis zweigeschossigen Bestand und den vorhandenen Trauf- und Firsthöhen orientieren.

Die Planung soll weiterhin dazu dienen, den vorhandenen, ruhigen Wohncharakter des Ein- bis Zweifamilienhausgebietes langfristig zu sichern. Entsprechend der heutigen Nutzungsstruktur soll daher das gesamte Gebiet als Reines Wohngebiet gem. § 3 BauNVO ausgewiesen werden. Mehrfamilienhausbebauungen sollen ausgeschlossen und eine Beschränkung auf 1 max. 2 Wohneinheiten pro Gebäude festgesetzt werden.

Einstimmig beschlossen

21. **Planungssachstand für die Liegenschaften des ehemaligen Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg;**
Anfrage an den Magistrat des Stv. Steffen Etzel nach § 10 der GO
Drucksachennummer: SV 6/481-4

Kenntnisnahme.

22. **Grunderwerb in Gonzenheim**
Drucksachennummer: SV 6/509-4

..

Einstimmig beschlossen

23. **Spielplatz Bommersheimer Weg - Sanierung**
Drucksachennummer: SV 6/552-3

Kenntnisnahme.

**24. Neubau Spielplatz Gluckensteinweg / Kirdorfer Straße
Drucksachennummer: SV 6/200-6**

Kenntnisnahme.

**25. Jahresabschluss der Stadtwerke Bad Homburg v.d.Höhe zum 31.12.2006
Drucksachennummer: SV 6/558-3**

Die Bilanz der Stadtwerke Bad Homburg v.d.Höhe zum 31.12.2006 wird in Aktiven und Passiven auf EUR 59.700.125,79, die Gewinn und Verlustrechnung auf EUR 681.870,92 festgestellt. Der Jahresgewinn von EUR 681.870,79 soll in die Allgemeine Rücklage eingestellt werden.

Entsprechend den steuerlichen Mindestgewinnvorschriften des Abschnitts 32 KStR 1990 in Verbindung mit dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 09.02.1998 IV B 7 – S 2744-2/98 und der Konzessionsabgabenverordnung – KAV – vom 09. Januar 1992 (BGBl. I. S. 12) wurden die Höchstsätze der Konzessionsabgaben-VO an die Stadt Bad Homburg v.d.Höhe abgeführt.

Einstimmig beschlossen

**26. Bestellung des Prüfers für die Prüfung der Jahresabschlüsse der Stadtwerke
Bad Homburg v.d.Höhe
zum 31.12.2007 und 31.12.2008
Drucksachennummer: SV 6/560-3**

Die WIBERA, Wirtschaftsberatung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Olof-Palme-Straße 35, 60439 Frankfurt/Main, wird mit der Prüfung der Jahresabschlüsse der Stadtwerke Bad Homburg v.d.Höhe zum 31.12.2007 und 31.12.2008 beauftragt.

Einstimmig beschlossen

E. Berichte aus den Ausschüssen

**27. Ausstellungen im Artlantis, Ankauf von Kunstwerken;
Beschlussvorschlag des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses vom 23.08.2007
Drucksachennummer: SV 6/475-4**

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Stadt die im Zuge der Aktion „Herbstsalon – Biennale Artlantis“ prämierten Arbeiten ankaufen sollte. Dabei ist gleichzeitig zu prüfen, ob ein Ankauf aller bei Aktionen im Artlantis prämierter Arbeiten möglich ist.

Der Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss schlägt vor, den Antrag abzulehnen:

Mehrheitlich beschlossen

27 Ja-Stimmen 14 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

Der Antrag ist abgelehnt.

**28. Zuschuss Frauen helfen Frauen;
Beschlussvorschlag des Finanzausschusses vom 22.08.2007
Drucksachennummer: SV 6/524-4**

Der Magistrat wird beauftragt, der Beratungsstelle des Vereins „Frauen helfen Frauen“ in Oberursel umgehend einen Zuschuss in Höhe von 500,-- Euro für das Jahr 2007 auszuzahlen.

Weiterhin ist der Zuschuss wieder jährlich zu gewähren.

Von der Stv.-Fraktion der SPD wird folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Weiterhin ist der Zuschuss wieder jährlich zu gewähren.

Mehrheitlich beschlossen
25 Ja-Stimmen 9 Nein-Stimmen

**29. Sanierung "Haus der Altstadt";
Beschlussvorschlag des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 18.09.2007
Drucksachennummer: SV 6/562-3**

Der Magistrat wird beauftragt, die Sanierung vom „Haus der Altstadt“ gemäß der Empfehlung der unteren Denkmalbehörde vorzunehmen.

Die dazu notwendig werdenden Haushaltsmittel sind auf der HHSt. 2.8800.951600.1 im Haushalt 2008 bereitzustellen.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss schlägt vor, den Antrag abzulehnen:

Mehrheitlich beschlossen
24 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen 8 Enthaltungen

Der Antrag ist abgelehnt.

**30. Akteneinsicht betr. Revisionsbericht der CDU-Fraktion für die Legislaturperiode 1997
- 2001;
Bericht an die Stadtverordnetenversammlung gemäß § 62 (1) Satz 3 HGO
Drucksachennummer: SV 6/563-2**

..

Mehrheitlich beschlossen
34 Ja-Stimmen 11 Nein-Stimmen

Vorsitzender

Schriftführer